

Koalitions-Kater

VON WOLFGANG SUCKERT

Der Koalitionsausschuss tagte und verliert wieder einmal die Deutungshoheit über seine Beschlüsse. Dazu die TA-Korrespondenz.

BERLIN. Ursula von der Leyen (CDU) drückt aufs Tempo. Die Bundesfamilienministerin will den Gesetzesentwurf zum Ausbau der Kleinkinderbetreuung binnen zwei Wochen dem Kabinett und dann den Parlamentariern vorlegen. Denn nur was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen. Die Politikerin rieb sich in Bad Pyrmont heftig die Augen ob der Tatsache, wie verschieden der nächtliche Beschluss der Drei-Parteien-Runde interpretiert wird.

Wieder auf CSU-Boden, hatte Parteichef Edmund Stoiber in der Frühe getönt, ein Erziehungsgeld für jene Eltern, die ihre Kinder nicht in die Krippe schicken wollten, sei beschlossen. Er nannte sogar auch die Summe: 150 Euro.

Darauf konterte die Familienministerin, die Zahlungen seien keineswegs besiegelt, sondern würden nur geprüft. Auch wäre das Gesetz erst 2013 fällig, wenn dann jeder Familie, die es wünsche, ein Krippenplatz zur Verfügung stehe. Zwischen den Zeilen gelesen: Das Gesetz steht erst an, wenn Stoiber sechs Jahre Ex-Politiker ist.

Hier läuft der Koalitions-Konflikt auch quer durch die Union. Während die CDU auch in den Großstädten junge Wähler mit dem Krippenangebot gewinnen will, muss die CSU ihre Stammwähler auf dem flachen und hochgebirgigen Land zusammenhalten, wo die Kinder häufiger traditionell zu Hause betreut werden. Die inzwischen "Heim- und Herdprämie" genannte Zahlung könnte Wenigverdiener davon abhalten, ihre Kinder in die Krippe zu geben. Aber gerade für sie wurde das pädagogische Angebot entwickelt, um ihre schulische Chancengleichheit anzuheben. Zumindest bei diesem Problem lautet der heimliche Slogan der Runde: Warten wir den Beckstein ab.

Beim Mindestlohn wurde gestern im Verlaufe des Tages der Ton ruppiger. Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) trötete trotzig, dass aufgeschoben nicht aufgehoben sei. Dabei haben "Paragrafen-Archäologen" extra für ihn ein 55 Jahre altes Instrument ausgegraben. Das völlig vergessene Gesetz zur Regelung von Mindestarbeitsbedingungen erlaubt in bestimmten Fällen auch die Festlegung von Entgelten. Zunächst einmal sieht sich die SPD einer überraschend beinharten Kanzlerin gegenüber. Sie besteht auf der Tarifautonomie. Beide Seiten sollen sich in noch abschlussfreien Zonen auf einen Mindestlohn einigen. Der könnte dann Pilotfunktion übernehmen und in anderen Bezirken übernommen werden. Rein rechtlich schützt damit die Union die Tarifautonomie.

Die SPD sieht das aber von der praktischen Seite. Wenn die Arbeitgeber mit am Verhandlungstisch sitzen, werden sie wie bisher jene Bereiche für sich zu nutzen wissen, in denen die Gewerkschaft so geschwächt ist, dass sie nur minimalen Gegendruck ausüben kann und es bei Hungerlöhnen bleibt.

Grundsatz-Bedenken machte der Konvent für Deutschland geltend und umriss sie mit dem Wort von "zentralistischen Rezepten". Dessen Vorsitzender, Altbundespräsident Roman Herzog, erinnerte an die Föderalismusreform und daran, dass der Bund bewusst mehr Verantwortung an die Länder abgegeben habe. Unterschiedliche Lösungen dort sollte der Gesetzgeber nicht nur tolerieren, sondern sogar anstreben.

Thüringer Allgemeine, 15. Mai 2007